

Sür ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inventionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kietmeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Häbner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Lärthelm.

Danziger



Beitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Die Danziger Zeitung wird auch im nächsten Quartal in bisheriger Weise erscheinen. Der Abonnementspreis beträgt in der Stadt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. bei allen Kgl. Postämtern, sowie bei unsern Agenten:

für Bromberg: Hofbuchhändler Louis Levit,
für Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung,

für Königsberg: Eduard Kühn, Danziger Keller Nr. 3,
für Stettin: Carl Jänke, gr. Oderstr. Nr. 5.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Regierungs-Secretair, Kanzlei-Rath Altenburg zu Coblenz, und dem Privat-Baumeister Christian Heyden zu Barmen, den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Seconde-Lieutenant im 3. Posen'schen Infanterie-Regiment Nr. 58 Carl Hugo Adalbert Petric unter dem Namen: „Petric von Linnenfeld“ in den Adelsstand zu erheben; den Notaren Maus in Gusskirchen und Graeff in Neuh, so wie den Advokat-Anwälten bei dem Appellationsgerichtshofe zu Köln, Wallraf und Seligmann, den Character als Justiz-Rath; und dem Kreis-Physikus Dr. Wilczewski zu Inowracław den Character als Sanitätsrath zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Eiser mann zu Hoyerwerda ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Frankfurt a. O. und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt ernannt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen um 12 Uhr Mittags.

Pesth, 20. Juni, Nachts. Das Oberhaus hat so eben die Debatten über die Adresse geschlossen und den Entwurf in der Fassung des Unterhauses einstimmig angenommen.

(W. G. Z.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 20. Juni. Die heutige „Schlesische Zeitung“ meldet aus Warschau, daß der neu zu bildende Staatsrath aus den Mitgliedern des Administrationsraths, ferner aus vom Kaiser berufenen Mitgliedern, dann aus Personen des höheren Cier- und endlich aus den Spitzen der Subnormalregierungen und des landwirthschaftlichen Creditvereins gebildet werden solle. Zu den Attributionen des Staatsraths gehört die Prüfung und Begutachtung neuer Gesetze, des jährlichen Budgets, sämtlicher Verwaltungsberichte und sämtlicher Beschwerden gegen Beamte. Die Sitzungen des Staatsraths sollen geheim sein. Die Veröffentlichung der Beschlüsse durch den Druck bedarf der Genehmigung des Kaisers.

Von der polnischen Grenze, 20. Juni. Gestern sind in Warschau die Statuten für die Wahlen der Subnormal, Kreis- und Stadträte publicirt worden; dieselben ruhen auf breiten Grundlagen. Wählbar ist ohne Unterschied der Confession und des Standes Jeder, der 25 Jahre alt ist und eine geringe Steuer zahlt. In den Kreisen führt der Friedensrichter, in den Städten der Präsident der Stadt den Vorsitz.

Pesth, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des Oberhauses sprachen Graf Karolyi und Baron Majthenyi für Ausgleich, Graf Czaky für Resolution, die übrigen Redner für die Adresse.

Im Unterhause wurde über das Operat der Justiz-Curial-Conferenz debattirt. Morgen wird die Abstimmung stattfinden. Der Antrag Narys, die Ernennung einer Commission wegen Dringlichkeit des Gegenstandes, welche das auf die Steuerfrage bezügliche Document vorlegen soll, wurde angenommen.

Turin, 20. Juni. Die Kammer hat gestern die Vereinigung der verschiedenen italienischen Staatsschulden beschlossen.

Die „sociale Stellung“ der Offiziers-Kandidaten.

Schon vor einiger Zeit theilte die „Zastserburger Zeitung“ mit, daß das Commando der Königl. 1. Division zu Königsberg die Allerhöchste Kabinettsordre, der zu Folge bei Aufnahme junger Leute „zur Beförderung“ auf ein gutes Geheimräthigen Rückblick zu nehmen sei, der besonderen Beachtung namentlich auch aus dem Grunde empfohlen habe, „weil bei der Menge von Stipendien auf Universitäten zahlreiche Kandidaten aus den untersten Volksklassen in Bahnen gebracht würden, die sie veranlassen, die Offiziers-Carriere zu beanspruchen, für welche ihnen sowohl nach ihrer socialen Stellung als nach ihrer Körperbeschaffenheit nicht selten die Geeignetheit abgehe, und die nach dieser Allerhöchsten Bestimmung, wenn sie an Augenschwäche leiden, um so eher zurückgewiesen werden können.“ Wir haben diesen Divisionsbefehl bisher nicht näher beleuchtet, weil wir es immer noch für möglich hielten, daß der Authenticität desselben widersprochen werden könnte. Da ein solcher Widerspruch aber bisher nicht erfolgt ist, so sind wir wohl berechtigt, ihn, wenigstens vorläufig, als echt zu betrachten.

Der Divisionsbefehl, seine Echtheit vorausgesetzt, leidet an einer auffallenden Mangelhaftigkeit des Ausdrucks. Wir dürfen daher nicht voraussetzen, daß die Gedanken, welche seine Worte auszusprechen scheinen, jedesmal auch die Gedanken des Verfassers gewesen sind. Denn sonst müßten wir ja u. A. annehmen, daß er mit dem Schlusssatz den betreffenden Regiments-Commandeure habe empfehlen wollen, es unter Umständen mit der Wahrheit nicht allzu genau zu nehmen. Sie sollten vielmehr, wenn die Augenschwäche eines jungen Mannes, der sich zum Dienst auf Avancement meldet, auch nicht bedeutend genug wäre, um ein genügender Grund zu seiner Zurückweisung zu sein, sie doch als Vorwand benutzen, um ihn in dem Falle zurückzuweisen, daß wegen seiner „socialen Stellung“ ihm die „Geeignetheit“ zur „Offiziers-Carriere“ abgehe. Wir meinen aber nicht, daß der Verfasser das habe sagen wollen; wir glauben vielmehr, einem

preussischen General, wenn wir einmal in ein solches Dilemma gerathen, viel eher einen schlechten Stil als einen Mangel an militärischer Geradsicht und männlicher Wahrhaftigkeit zutrauen zu müssen.

Dagegen muß es auch dem allerwohlmeinendsten Interpreten als ganz unzweifelhaft erscheinen, daß der Verfasser des Divisionsbefehls hat sagen wollen, daß selbst solche jungen Leute, die durch ihre Kenntnisse und ihre allgemeine Bildung sehr wohl zu Universitätsstudien und demnach zur Velleidung selbst der höchsten und einflussreichsten Aemter in Kirche, Schule und Staat sich qualificiren würden, dennoch zu einer Offiziersstelle sich nicht eignen, sobald sie nicht schon durch den Stand oder Beruf ihrer Väter in eine höhere „sociale Stellung“ gelangt sind. Diese Anschauungsweise aber, so sehr sie an sich selbst den Ernst des Gedankens verleugnet, macht doch gerade unter den gegenwärtigen Umständen die allererfnsteste Zurückweisung nöthig.

Es giebt überall in der Welt, also auch in Deutschland und in Preußen, zwei, nicht gerade immer durch äußerliche Schranken, wohl aber durch den innersten Kern ihrer Gesinnung wesentlich von einander geschiedene Kreise der Gesellschaft. In dem einen nimmt jeder ganz von selbst diejenige „sociale Stellung“ ein, die er durch seine eigene Bildung und Tüchtigkeit erringen kann. In dem andern weiß man jeden von der Törr weg, der weiter nichts ist als ein gebildeter und tüchtiger Mensch, läßt aber Leute mit dem höchsten Kopfe und dem besten Herzen zu, wenn sie Leute „von Familie“ oder doch „aus einer ganz anständigen Familie“ sind, oder wenn sie, auch ohne diese vornehmste Bedingung zu erfüllen, doch, auf welchem Wege es auch sei, zu einem klingen- Titel oder noch klingenderem Gelde gelangt sind.

Wir meinen, daß ernste Männer, Männer, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben, sich darauf einlassen, wenn Anerkennung und Würdigung in dem ersten jener Kreise ihnen gezollt wird, daß sie es aber tief unter ihrer Würde erachten, sich darum zu bekümmern, ob man in dem andern Kreise ihnen eine „sociale Stellung“ einräumen will oder nicht. Wohl aber haben sie gar sehr sich darum zu bekümmern, wenn, zumal in einer Zeit, da alle materiellen und moralischen Kräfte unseres Volkes theils zu friedlicher, theils zu kriegerischer Rüstung gegen die von allen Seiten uns drohenden Gefahren aufgetrieben werden, wenn man sogar in solcher Zeit noch zu Führern unseres ruhmreichen Heeres nicht die tüchtigsten, die gebildetsten, die vaterlandsliebendsten Jünglinge, sondern nur junge Herren von „socialer Stellung“ solcher Art heranziehen will.

O, daß man nicht mit einem Schlagworte des alten Blücher dareinsahren kann!

Deutschland.

Berlin, 20. Juni. Ihre Kgl. H. die Frau Prinzessin Friedrich Karl, welche von den Masern völlig wiederhergestellt ist, hat nunmehr ihren Wohnsitz im Marmorpalais zu Potsdam genommen.

Die ostasiatische Expedition befindet sich zur Zeit in China. Ueber die Unterhandlungen mit der Regierung Chinas in Betreff eines Handels- und Schiffsahrts-Vertrages scheinen Nachrichten bis hierher noch nicht gelangt zu sein; es darf deshalb wohl angenommen werden, daß die Anwesenheit der Expedition in den dortigen Gegenden noch eine mehrmonatliche sein wird. Bekanntlich wird sich die Expedition von China zu gleichem Zweck nach Siam begeben.

[Urtheil einer halb-offiziellen Zeitung über das Berliner Wahlprogramm] Die halbamtliche „Karlsruher Zeitung“ bespricht in einem beachtenswerthen Leitartikel das unseren Lesern bekannte Wahl-Programm. Nachdem sie die bedeutendsten Sätze des Programms mitgetheilt, fährt sie fort: „Wir betrachten die hinsichtlich der inneren Entwicklung Preußens gestellten Forderungen nicht weiter; es sind principiell dieselben, wie sie überall in Deutschland erhoben werden, nur angewandt auf die speziellen Verhältnisse Preußens.“ Der wichtigste Theil und der Kern des Programms ist in dem ersten Satze enthalten, welcher die Existenz und die Größe Preußens von der Lösung der deutschen Frage für abhängig erklärt. Dieser Anspruch ist eine That; sie documentirt unwiderleglich, daß auch in Preußen der Particularismus gründlich überwunden zu werden beginnt. Der Selbsthaltungstrieb des Individuums lebt auch in Staaten; er muß, je größer der Staat ist, je vollständiger er danach für sich allein seiner Aufgabe zu genügen vermag, eine je glänzendere Geschichte er hat, um so lebendiger sein. In dieser klaren Erkenntnis oder in diesem dunkeln Gefühl wurzelt das Mißtrauen der Andern gegen Preußen, welches durch das Stichwort der Binde'schen Partei, Preußen genüge im Nothfall sich allein, nur genährt werden kann. Die, wir wollen gern zugeben, nicht gewollte, aber doch unter Umständen sich ergebende Consequenz dieser Anschauung ist die nur eventuelle Vertheidigung Süddeutschlands, ist die Mainlinie, ist die Zerreißung Deutschlands. Auf solche Bedingungen wird der Süden nie capituliren. Preußen kann aus einer politischen Einigung Deutschlands nicht bloß den höchsten Ruhm schöpfen, es hat auch den weitest größten

Einsatz zu machen. Nicht aus Gefälligkeit für uns, nur aus Erkenntnis der Nothwendigkeit kann und wird Preußen das Opfer bringen, in einen deutschen Bundesstaat einzutreten. Wir begrüßen das Programm der entschiedenen Fortschrittspartei in Preußen mit Freuden, weil es offen und rückhaltlos die Ueberzeugung ausspricht, daß für alle deutschen Staaten, auch den preussischen, nur in der politischen (bundesstaatlischen) Constituirung Gesamt-Deutschlands die Garantie der Zukunft gelegen ist. Nur auf dem Boden dieser Ueberzeugung, daß wir alle nur von dem großen gemeinsamen Vaterlande unser Heil zu erwarten haben, ist eine Einigung möglich.“

— (R. G. Z.) Der Geh. Rath v. Winter, der es sich nach Kräften angelegen sein läßt, die ihm zu Theil gewordene Aufgabe einer Reformirung der Polizeiverwaltung zu erfüllen, soll dabei etwas von der Stimmung empfinden, welche Hercules überfiel, als ihm der berühmte Lugiaschall gezeigt wurde. Hr. v. Winter hat seinen Reformplan beim Ministerium eingereicht, und würde im abschlägigen Falle eine provisorische Amtsführung schwerlich in eine wirkliche verwandeln lassen. Auch er ist zu der heftigsten Ansicht gelangt, daß man einen Strom durch die zehnjährige Mißverwaltung leiten und eine gründliche Säuberung des vorhandenen Beamtenpersonals vornehmen müsse. Bei der Schuz-Theorie des Grafen Schwerin ist indessen kaum anzunehmen, daß diesem Verlangen nachgegeben werden wird, und damit würde die dringendste Reform wieder einen Aufschub erleiden. Hoffen wir einstweilen, daß vielleicht ein Compromiß mit Herrn v. Winter möglich wird, von dessen Absichten man nur Gutes hört! — Aus einer wunderlichen Erklärung des Kanzleiraths Jacoby, welche die Zeitungen unlängst mittheilten, und durch die er einen gegen ihn erhobenen Verdacht der Bestechung von sich abzuwehren wollte, war sehr deutlich zu sehen, daß die Polizeibeamten von Jacoby erfüllt sind und Untersuchungen fürchten. Es steht jetzt auch in allen Zeitungen zu lesen, daß die Voruntersuchung gegen Jacoby eröffnet ist, die „Kölnische Zeitung“ meinte sogar, es würden merkwürdige Dinge durch sie an den Tag kommen. Nach unsern Erkundigungen steht die Sache nicht gar schlimm für Jacoby und es sind keine andern Enthüllungen zu erwarten, als solche, welche sich auf die Manteuffel-Wesphalensche Zeit beziehen. Damals kam es öfter vor, daß Reskripte aus dem Ministerium des Innern und des Polizeipräsidentiums ergingen, nach welchen gegen verschiedene Zeitungen, namentlich auch gegen die „Volkszeitung“ und „Nationalzeitung“, mit der Verfolgung bis zur Concessionsentziehung vorgegangen werden sollte. Herr v. Hindelsch richtete sich aber bekanntlich nach Herrn v. Manteuffel, nicht nach Herrn v. Westphalen, und ließ solche Reskripte meistens theils Wochen lang liegen, um nachher durch den Kanzleirath Jacoby einen Bericht anfertigen zu lassen, durch welchen die Unausführbarkeit des Verlangten dargethan wurde. Ab und zu wurde zwar conficirt, um Material zur Anklage für den Minister zu erlangen; reichte das selbe aber nicht aus, so mußte von der Sache Abstand genommen werden. In solcher Zeit war es natürlich, daß die Zeitungs-Besitzer sich mit den betreffenden Beamten in Verbindung setzten, und Jacoby soll sich das Verdienst um die Presse erworben haben, daß er stets in deren Interesse entschied und wirkte. Daß ihm dafür Privat-Honorar zu Theil geworden, scheint nach der Aussage von F. Dunder festzu stehen, es fragt sich indessen, ob es eine Verlegung seines Amtes war, daß sich Jacoby für besondere Ermittlungen der Zeitungsverhältnisse honoriren ließ. F. Dunder verweigerte bei seiner ersten Vernehmung die Aussage, aus dem Grunde, weil er bei der Sache theilhaftig sei; das Gericht erkannte diesen Grund aber nicht für genügend an, sondern zwang ihn durch Strafoerurtheile von 50 Thlrn. und 100 Thlrn. zur Aussage. — Zu Jacoby's Amtsbefähigung gehören tägliche Berichte über die Presse an den König, und man sagt, sie würden bei Hofe so gern gelesen, daß an der Einsperrung des bei Hofe beliebten Kanzleiraths zu zweifeln sei. Daß Jacoby Kenntniß und Takt genug besitzt, seine Berichte in eine interessante Form zu kleiden, ist von dem ehemaligen Schriftsteller zu erwarten; es muß sich indessen dabei immer die Frage erheben, ob ein Mann, welcher so viel Veränderungen durchgemacht, wie Joel Jacoby, der sich vom Jungdeutschen in einen Hollarianer, und vom fanatischen Partisan der religiös-politischen Reaction in ein weiches willkürliches Werkzeug der Regierungsrichtung verwandelt hat, einem Posten vorstehen kann, auf dem er die Richtungen und Aenderungen der öffentlichen Meinung im Sinn und Geist der neuen Aera zu beurtheilen und darzustellen hat. Ein wirklich liberaler Minister würde ihn schwerlich an dieser Stelle lassen. Es ist übrigens zweckmäßig, bei dieser Veranlassung daran zu erinnern, daß die Königin von England ein untrügliches Mittel besitzt, sich über den Gang der öffentlichen Meinung zu unterrichten. Sie läßt sich alle Morgen sämtliche Zeitungen von London kommen, und sieht diese so weit durch, daß sie weiß, was die verschiedenen Parteien über die Maßregeln der Regierung denken. Eine solche Zeitungs-schau wäre allen regierenden Fürsten zu empfehlen.

— Der Herr Handelsminister hat sich entschlossen, die Gebühren für die einfache, nicht über 20 Worte enthaltende Depes-

sche auf alle Entfernungen über 25 Meilen auf einen Thaler zu ermäßigen. Der Tarif beträgt daher vom 1. Juli c. ab für die einfache Depesche auf Entfernungen bis zu 10 Meilen 10 Sgr., über 10 bis 25 Meilen 20 Sgr. und über 25 Meilen 1 Thlr.

— Vor längerer Zeit war der Polizei-Lieutenant Greiner der Unterschlagung angeklagt, vom Criminalgerichte jedoch freigesprochen worden. Es wurde nämlich im Frühjahr v. J. die verheiratete Cornelius bei einem Geldbetrug ertappt und derselben im Bureau des Angeklagten die Summe von 12 Thlr. 27 Sgr. abgenommen. In dem Bericht, welchen Greiner darüber erstattete, gab er an, daß die Cornelius dem Bestohlenen das entwendete Geld zurückgegeben, in dem Audienstermin gegen die Angeklagte bekundete der Bestohlene jedoch, daß er das Geld noch nicht zurückerhalten habe. Einige Tage nach dem Termine wurde beim Gerichts-Depositorium der Betrag von 12 Thlr. 27 Sgr., jedoch in andern Münzsorten eingezahlt, mit der Anzeige, daß die Cornelius gegen die Zahlung der Summe an den Bestohlenen Einwendungen erhoben habe. Das Criminalgericht konnte die Ueberzeugung nicht gewinnen, daß Greiner das Geld habe für sich behalten wollen und sprach ihn deshalb frei. Die Staatsanwaltschaft appellirte gegen diese Entscheidung und das Kammergericht hat in dem vor einigen Tagen angefallenen Audienstermine, nach stattgehabter neuer Beweisaufnahme, unter Abänderung des ersten Erkenntnisses, den Angeklagten Greiner wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder zu sechs Monaten Gefängnis und Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt. Das Königl. Kammergericht folgte der Schuld des Angeklagten aus den Umständen, daß er das Geld erst nach dem Audienstermine und alsdann noch in anderen Münzsorten abgeliefert, daß er eine wahrheitswidrige Anzeige gemacht und den Bestohlenen vor dem Audienstermin gebeten habe, auszusagen, daß er das Geld zurückerhalten habe. Ein Belastungsmoment fand der Gerichtshof auch in den derangirten Verhältnissen des Angeklagten.

— Der „R. H. Z.“ wird von hier geschrieben: „Aus zuverlässiger Quelle darf ich Ihnen übrigens mittheilen, daß die Erhebung der Anklage gegen die Twesten'sche Schrift auf direkte höhere Anregung erfolgt ist, und aus ebenso zuverlässiger, daß sie nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg hat. Welche Mühe man sich in manchen Kreisen nur giebt, um sich das Bischofs Popularität je eher je lieber vom Halse zu schaffen.“

— Die „B. B. Z.“ schreibt: „Mit großer Zuversichtlichkeit tritt heute die Nachricht auf, daß Graf Pourtales bei seiner vor einigen Tagen erfolgten Rückkehr nach Paris den Auftrag mitgenommen habe, dem Kaiser Napoleon Namens Sr. Maj. des Königs eine Einladung zu dem großen, in diesem Herbst am Rheine stattfindenden Manöver des 7. und 8. Armeecorps zu überbringen. Eine Bestätigung dieser Nachricht, die uns von guter Quelle zugeht, würde in vielfacher Beziehung ihre große Bedeutung haben.“

* Der offiziellen Ablehnung des „Württ. Staatsanz.“ gegenüber, daß in Stuttgart Hof- und militärischen Kreisen Rheinbundgefühle gehegt würden, hatte die „Wochenchrift des Nationalvereins“ (vergl. Nr. 926 d. Ztg.) diese Beschuldigung wiederholt, ohne gerade Württemberg zu bezeichnen und sich bereit erklärt, den Namen des Mannes zu nennen, der frank und frei gesagt habe, lieber der „Bundesgenosse“ Frankreichs, als der „Basall“ Preußens zu sein. Darauf antwortet nun unterm 16. Juni der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ in einem längeren Artikel, in welchem er „die vielfachen zum Zwecke der Verdächtigung der Regierung der Mittelstaaten von den Organen des Nationalvereins ausgeübten Anschuldigungen“, welche auch auf die geheiligte Person Sr. Majestät des Königs ausgedehnt seien, auf Nachstehendes zurückzuführen bestrebt ist:

„Seine königliche Majestät haben, so viel uns bekannt, niemals Anstand genommen, die Ansicht auszusprechen, daß es ein ganz ungerechtfertigtes, politisch höchst unkluges Vorgehen der Mittelstaaten konstatiren würde, wenn dieselben, im Hinblick auf etwaige vom Westen her drohende Kriegsgefahren, sich herbeiließen, zu den von den Rorthpäden des Nationalvereins vorgeschlagenen Mitteln zu greifen, deren praktische Durchführung erstere unfehlbar in preussische Provinzialstaaten verwandeln müßte, indem Allerhöchstdieselben hierin den Keim zu unabsehbaren Bürgerkriegen, daher gerade zur Schwächung des deutschen Vaterlandes dem Auslande gegenüber erkennen müßten. Seine königl. Majestät sind vielmehr von der innigsten Ueberzeugung durchdrungen, daß die beiden Großstaaten im Verein mit den durch Verständigung unter einander erstarkten, in ihrem Selbstbewußtsein gekräftigten Mittelstaaten vollkommen in der Lage sein würden, eine französische Suprematie von dem deutschen Vaterlande entfernt zu halten. In diesem Sinne sei die Ansicht eine begründete, daß ein nach den Maximen des Nationalvereins — dessen Bestrebungen übrigens an dem ritterlichen Sinne und dem strengen Rechtsgefühl des jetzt regierenden Königs hoffentlich scheitern werden — organisirtes Preußen mehr geeignet wäre, den deutschen Mittelstaaten ernstliche Besorgnisse einzufloßen, als das französische Kaiserthum, welchem, wie sich auch die Zukunft gestalten möge, das Nationalgefühl, von dem alle deutschen Volksstämme durchdrungen sind, niemals gestatten werde, sich auf deutschem Boden festzusetzen oder die politische und faktische Existenz irgend eines Staates, und sei es des kleinsten, auf die Dauer zu gefährden. Wenn nun aber gar die „Kölnische Zeitung“ unter Berufung auf einen Artikel der „Presse“, welcher offenbar nur darauf berechnet, Zwietracht und Mißtrauen unter den deutschen Regierungen zu verbreiten, auf die Sympathien des Königs von Württemberg für Frankreich hindeutet, und wir hiemit frühere Rundgebungen anderer Presseorgane, die von in Paris eingeleiteten Verständigungs-Versuchen sprechen, in Zusammenhang bringen, so müßten wir jede auch nur im Entferntesten dahin gerichtete Anschuldigung mit aller Entrüstung zurückweisen. . . . Was der König von Württemberg für die Befreiung Deutschlands gethan, das ist in den Annalen der Geschichte verzeichnet; und wenn das jetzt lebende Geschlecht so schnell vergessen hat, daß der Fürst, welcher in seiner Jugend für die Freimachung von dem Joch des Rheinbundes in blutigen Schlachten gekämpft hat, es gegen das Ende seiner ruhmvollen militärischen und Regenten-Laufbahn noch erleben mußte, von der deutschen Presse aufs schmachlichste als Förderer eines neuen Rheinbundes verdächtigt zu werden, so kann er sich damit trösten, daß ein späteres Geschlecht sein Andenken höher in Ehren halten werde.“

— Eine wenig erfreuliche Erscheinung, schreibt man der „Elbf. Ztg.“ von hier, die gestern von uns gebrachte Notiz aus dem „Pr. Volksbl.“ bestätigend, ist der starke Andrang zur Erlangung des Adels. Die Zahl der Begehungen derselben mit Be-

ziehung auf die Hulbigung an den König gerichteten Nobilitationsgesuche übersteigt alle Vorstellung. Es ist das ein trauriges, aber sehr erklärliches Zeichen der Zeit: es scheint, als ob der Bürgerstand für eine geachtete Stellung in der Gesellschaft, für eine dem Verdienst angemessene Laufbahn, sei es im Civilienste, sei es in der Armee, nicht mehr ausreiche, sondern die Erhebung in den Adelsstand unerlässlich notwendig sei.

— Die morgen beginnenden Rennen dauern, wie alljährlich, vier Tage. Es wurde nun, ob von dem hiesigen Magistrat, dem Jockey-Club oder einem sonstigen Verein, ist mir nicht bekannt, beabsichtigt, im Interesse der Theilnehmer diesmal auch den Sonntag als Renntag zu benutzen; das Königl. Polizeipräsidium hat aber hierzu die Genehmigung verweigert. — Peter v. Cornelius wurde heute hier erwartet. Dem berühmten Künstler werden hier ähnliche Ovationen zu Theil werden, wie in München und Nürnberg.

— Ein hiesiger Theaterdirector will gegen das Polizeipräsidium auf Rückzahlung von ungefähr 3000 Thlr. klagen, die nach und nach von ihm executorisch für die allabendlich in den Theatern stationirten Feuerwehrmänner beigetrieben worden sind, nachdem der Minister des Innern jetzt entschieden hat, daß solche executorische Beitreibungen unzulässig sind.

München, 17. Juni. Nach fast dreiwöchentlicher Pause versammelte sich heute die Kammer der Abgeordneten wieder zu einer öffentlichen Sitzung. Der erste Präsident theilte dem Hause die auf den Wechsel des Kriegsministeriums bezüglichen Schriftstücke mit. Der neu ernannte Kriegsminister v. Spies war mit mehreren Kriegscommissären erschienen. Abg. Dr. Böhl empfahl, dem „Frankf. Z.“ zufolge, seinen Antrag auf Mitwirkung des Landtags bei Feststellung des Armeestandes zur schnellsten Verathung, da dieser Antrag gerade in den jetzigen Verhältnissen eine besondere Bedeutung habe. Antragsteller bezeichnet die bisherige Mitwirkung der Kammern als illusorisch und nach den neueren Vorgängen als gänzlich unzureichend. Bei so exorbitanten Ausdehnungen der Militärverwaltung müßten die Kammern nach andern Mitteln greifen. In allen constitutionellen Staaten besitze nicht nur das Steuer-, sondern auch das „Menschenbewilligungsrecht“ hohe Bedeutung. Auch in Frankreich können die Rekrutierungen nur mit Zustimmung der Kammern vorgenommen werden. Bei der Kompetenzfrage erhebt sich das ganze Haus für den Antrag.

Wien, 17. Juni. Erzherzog Rainer, Präsident des Ministeriums, Erzherzog Carl Ludwig, Statthalter von Tyrol, und Erzherzog Ferdinand Max, Obercommandant der Marine, letztere Beide Brüder des regierenden Kaisers, sollen zu gleicher Zeit ihre Demission erbeten haben, aus keinem anderen Grunde, als weil sie sich in einer constitutionell verantwortlichen Regierung nicht an ihrem Plage fühlen. Die Verhandlungen in den beiden Häusern, denen sämtliche Prinzen mit großer Aufmerksamkeit folgen, und ganz besonders die Motivirung des von der Linken im Abgeordnetenhaus eingebrachten Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes durch Gistra sollen den Entschluß zur Reise gebracht haben, ihre Sitze als geborene Mitglieder des Herrenhauses, als Mitberathende und Mitstimmende einzunehmen, aber die Verantwortlichkeit, ob sie durch ein Gesetz oder nur moralisch besteht, auf andere Schultern zu übertragen. Es passe diese zweideutige Stellung nicht für die Mitglieder des kaiserlichen Hauses und hindere die wahrhaft constitutionelle Regierung, statt sie zu stützen.

— In den Kreisen der ungarischen Deputirten weiß man bereits mit Bestimmtheit, daß der Kaiser die Landtags-Adresse in ihrer gegenwärtigen Fassung nicht annehmen wird. Der ungarische Vizekanzler, Freiherr Laszlaus Szögyenyi, ist selbst auf ein paar Stunden nach Pesth hinübergekömmt, um den Führern des Hauses dieses Factum als eine unumstößliche Gewißheit zu melden. Die Bestürzung der Gemäßigten ist deshalb sehr groß. Sie klammern sich jetzt an die Hoffnung, die Magnaten würden aus dem Sturm des Unwillens, der im Lande und in der Hauptstadt gegen die Linke losgebrochen ist, den Muth schöpfen, die auf die Thronbesteigung bezügliche Stelle wieder in der Form des Deal'schen Entwurfs zu amendiren.

— Im Laufe dieses Sommers werden interessante militärische Manöver in der Nähe von Pesth stattfinden. Gegen 30,000 Mann werden auf dem Rakos vor Pesth das Freilager beziehen. Es sind bereits acht Jahre her, daß ein ähnliches Schauspiel stattgefunden hat. Die Aufstellung einer solchen Militärmacht in der Nähe unserer Stadt erregt daher um so größeres Aufsehen.

— Das Turiner Cabinet scheint von den Plänen der Bourbonisten gut unterrichtet zu sein; wenigstens deutet der Umstand, daß neuerdings in Genua bedeutende Streitkräfte nach Italien eingeschifft wurden, darauf hin, daß die italienische Regierung entschlossen ist, allen reactionären Bewegungen mit Waffengewalt entgegenzutreten. Möglicherweise giebt der energischen Haltung Riccasolis gegenüber König Franz den Plan, sich persönlich an die Spitze des Aufstandes zu stellen, nun auf, worüber jedoch bis jetzt nichts Sicheres bekannt ist. — Daß der österreichische Botschafter in Rom, Freiherr von Bach, während der Pfingstfeiertage barfuß eine Prozession mitgemacht hat, bestätigt sich.

England.

London, 18. Juni. Laut dem „Court Journal“ soll Professor Schönlein eine Einladung zu Hofe erhalten haben, was den beunruhigenden Gerüchten, die über den krankhaften Gemüthszustand der Königin in Umlauf sind, neue Anhaltspunkte zu verleihen geeignet ist.

— In der Sitzung des Unterhauses am 18. Juni erklärte Lord John Russell auf eine Interpellation Griffiths, ein britischer Consul sei wegen commercialer Beziehungen in Pesth kaum nothwendig. Montag u. befragte eine Adresse an die Krone, damit dieselbe die erforderlichen Schritte gegen fremde Einmischung ins alte Erbsolgerecht Dänemarks und der Herzogthümer veranlasse. Derselbe beschuldigte Dänemark des Druckes auf die Deutschen und systematischer Intriguen, um die Herzogthümer zu trennen.

— Stephensons und Brunnels Andenken zu Ehren werden zwei Statuen errichtet, die neben der von Pitt, gegenüber dem Parlaments-Gebäude, neben der Westminster-Abtei, zu stehen kommen.

— Der „Herald“ bringt den Artikel der „Preussischen Zeitung“ über Lord John Russells Macdonald-Note und bezeichnet ihn als „sehr angemessen“.

Frankreich.

Paris, 19. Juni. In Bezug auf die mit der Anerkennung Italiens so eng verknüpfte italienische Frage vernimmt man, daß, wie man von hier aus in Turin eröffnet habe, die französischen Truppen in Rom bleiben würden, um das Zustandekommen einer Uebereinkunft zwischen dem päpstlichen Stuhl und dem neuen Kö-

nigreich zu erleichtern — nicht länger und nicht kürzer. — Baron Riccasoli soll aufgefordert worden sein, darüber Vorschläge zu machen, welche mit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Turin in Verhandlung genommen würden. — Graf Walewski und Fürst Metternich nebst Gemahlinnen sollen dem Kaiser, den die Kaiserin begleiten würde, nach Vichy folgen. In Fontainebleau trägt der Aufenthalt des Hofes einen ganz intimen Charakter. Gestern Abends wurde im engeren Kreise getanzt. Fürst Metternich spielte Clavier dazu. — Wie es heißt, soll Viszt zum Ober-Intendanten der kaiserlichen Kammermusik ernannt werden.

— Der von Syrien zurückgekehrte Admiral Chopart formirt in Toulon eine neue Division.

— Die Börse ist in matter Stimmung und das Geschäft gering.

— Laut Nachrichten aus Beyrut vom 7. Juni hat Fuad Pascha eine Rundreise durch die Drusen-Bezirke gemacht und zur Ruhe vermahnt. Die Drusen haben nur die Dächer eines Dorfes demolirt.

— An der Westküste Afrikas haben die Engländer Porto Nuovo bombardirt und zwei große Negergeschiffe weggenommen, deren eines zur Liverpooler Reederei gehört.

Italien.

Turin, 17. Juni. (R. Z.) Die ultramontanen und die mazzinischen Blätter geben sich die Hand, um hartnäckig das Gerücht von einer angeblich beabsichtigten Abtretung der Insel Sardinien zu verbreiten, und man sieht sich dabei auf die allerdings sträfliche Hintansetzung, welche diese Insel zu erleiden hat, zu haben. Ihnen wiederholt gesagt — und in Italien herrscht nur Eine Stimme darüber —, daß es keinen italienischen Minister giebt, der stark genug wäre, die Verantwortlichkeit auch der geringfügigsten Gebietsabtretung auf sich zu nehmen. Da man dies in Paris sehr wohl weiß, so kann auch von dortigen Anträgen über diesen Gegenstand nicht die Rede sein. Wir halten den Kaiser nicht für zu gut, zu nehmen, was er nehmen kann; aber er ist klug und wird keine Unmöglichkeit ausbreiten. Allein wenn die deutschen Blätter, welche die Bestrebungen der italienischen Organe der Ultramontanen und Mazzinis mit großer Pietät verbreiten, Frankreichs Machinationen wirklich unterbrechen wollen, so müssen sie darauf hinarbeiten, daß Preußen das Vertrauen Italiens durch das Aussprechen seiner Anerkennung verdiene. (Sehr richtig!) Jedem Preußen in dieser Weise Italien deckt, giebt es diesem Widerstandskraft gegen Frankreich und kann im Vereine mit England die weiteren Anschließungsgelüste Napoleons, wenn er wirklich welche haben sollte, mit Leichtigkeit zurückweisen. — Es ist nun ausgemacht, daß Commandeur Nigra zum Botschafter am Tuilerienhofe ernannt ist.

— Die italienische Regierung denkt so wenig wie die Nation daran, die Franzosen in Rom zu lassen oder doch die Krönung ihres Einheitswerkes so lange zu vertragen, wie Frankreich mit der „Kronung des Napoleonismus durch die Freiheit“ wartet. Das Organ des Turiner Cabinets, die „Opinione“, giebt dies täglich deutlicher zu erkennen.

Rußland und Polen.

Warschau, 17. Juni. (Soll. Ztg.) Heute Vormittag fand in der Synagoge der sogenannten Reformgemeinde ein zahlreich besuchter Gottesdienst zu Ehren Schews statt. Der Verstorbene hatte sich bekanntlich oftmals und entschieden zu einer Zeit, wo dergleichen Bestattungen noch keineswegs allgemein waren, zu Gunsten der bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten in Polen ausgesprochen, und es erfüllte daher die israelitische Gemeinde zunächst nur eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn sie sein Andenken durch einen besonderen Gottesdienst feierte. — Die heutigen Blätter überflossen uns durch folgende Mittheilungen: Zunächst hat die geistliche Diöcesanbehörde drei Priester wegen aufrührerischer Preitigten aus hiesiger Stadt in die Provinz verwiesen. Ferner hat die Polizeibehörde dem Mitredacteur des „Illustrirten Wochenblattes“, Herrn Wenzel Szymonowski, wegen „mit der Wahrheit unvereinbarer“ Correspondenzen an ausländische Blätter bis auf Weiteres das Städtchen Biala (auf der Straße nach Moskau und Sibirien) zum Wohnsitz angewiesen. Endlich wird von Seiten des Generaldirectors für Cultus und Unterricht bekannt gemacht, daß die in diesen Tagen begonnene Schulferien der Reorganisation der Schulen wegen, statt bis Anfang August in diesem Jahre bis zum letzten September dauern werden, daß alle auswärtigen Schüler sofort die Stadt zu verlassen haben und während der Vacanz nicht ohne besondere ministerielle Erlaubnis nach der Stadt kommen dürfen. Nur die in Untersuchung befindlichen Schüler des Realgymnasiums müssen bis zum Schluß des Processes hier bleiben. Für die Ferienzeit wird den Schülern fleißiges Studium, vorzugsweise der alten Sprachen, deren bessere Kenntniß zum Eintritt in die philologischen Gymnasien und in die künftige „Hauptschule“ (Universität) nöthig sein werde, dringend anempfohlen und darauf aufmerksam gemacht, daß die Schüler auf solche Weise die von vielen auf unpassende Beschäftigung verwendete Zeit wieder einholen mögen. — Ueber unsern Wollmarkt habe ich auch heute wenig zu berichten. Es sind etwa 7000 Centner verworfen, aber noch äußerst wenig verkauft, da die Producenten nach ihren Forderungen den nicht unbeträchtlichen Rückgang der Preise auf Ihren Märkten noch ignoriren zu wollen scheinen. Außer Breslau hat auch Thorn und das Posen'sche Kaufstättchen hierher geschickt. — Begünstigt durch einen seit zehn Tagen sehr hohen Wasserstand war in letzter Zeit der Verkehr auf der Weichsel sehr lebhaft. Doch ist die Ausfuhr unseres Hauptexportartikels Getreide nunmehr wohl auch für dieses Jahr seiner Neige nahe. — Der Bau der Weichselbrücke und die übrigen öffentlichen Bauten werden energisch betrieben. Die Bank gedent ihre Pforten und Walzwerke in Siedpolen umzubauen. Die neue Tabakfabrik wird dieser Tage in Betrieb gesetzt.

Danzig, 21. Juni.

* Das Wahlprogramm der deutschen Fortschrittspartei, welches wir bereits ausführlicher und zustimmend besprochen haben, ist in hiesigen liberalen Kreisen sehr beifällig aufgenommen worden. Wie wir hören, soll eine Zustimmungserklärung in den nächsten Tagen von hier nach Berlin abgesandt werden.

* [Gewerbe-Verein.] In der auf gestern, Abends 8 Uhr, anderamten Generalversammlung des Gewerbevereins, zu welcher nur 11 Mitglieder erschienen waren, wurde die Wahl von drei Revisoren der Rechnung vom 1. Januar 1860 bis zum 1. April 1861 vollzogen. Zu solchen wurden die Herren Tiege, Rabus und Lenzing ernannt. Außerdem machten die vom Gewerbeverein zur Enthüllung des Deuth-Denkmal nach Berlin deputirten Herren Dr. Kirchner und F. W. Krüger höchst in-

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 937 der Danziger Zeitung.

Freitag, den 21. Juni 1861.

Das städtische Lazareth.

Die Angelegenheit des städtischen Lazareths scheint, nachdem sie eine lange Reihe höchst unerquicklicher Stadien durchgegangen, endlich zum Abschluß geführt zu werden. Wie wir bereits früher mittheilten, sind die betreffenden Statute bereits entworfen und kommen demnächst zur Verhandlung.

Der Entwurf des wichtigsten Statuts, betreffend die Verwaltung des städtischen Lazareths und das Verhältniß der Stadt zum Lazareth, theilen wir bei der Wichtigkeit der Sache nachstehend mit:

Das unter dem Namen „Städtisches Lazareth“ in Danzig bestehende Krankenhaus hat schon in der freisäcularisirten Zeit und zwar durch gesetzgeberische Acte der freisäcularisirten Regierung die Bestimmung erhalten, die Bedürfnisse der Armenfrankenpflege in der Stadt zu befriedigen und diese Bestimmung seitdem stets unter Direction und Aufsicht der Stadtbehörden durch Verwendung der Ressourcen der dem Institute durch Vermächtnisse, milde Beiträge und sonst erworbenen eigenthümlichen Vermögens, und im Falle der Unzulänglichkeit derselben durch Verwendung der von Seiten der Stadt dem Institute geleisteten Zuschüsse und eröffneten Einnahmequellen bis in die neueste Zeit erfüllt.

Dieser Bestimmung soll das Lazareth auch in Zukunft, jedoch unbeschadet der demselben rücksichtlich seines Vermögens zustehenden Rechte erhalten bleiben.

In Betracht aber, daß die Organisation der Verwaltung, wie sie bisher bestanden, den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht und einer Reform bedarf, und daß es notwendig ist, die für die Verfassung und Verwaltung des Instituts künftig in Anwendung zu bringenden Grundsätze dauernd festzustellen, ist von den städtischen Behörden unter Zuziehung der bisherigen Vorsteher des Lazareths das gegenwärtige Statut angenommen und von der Kgl. Regierung als Ober-Aufsichtsbehörde bestätigt worden.

§ 1. Die Direction der Anstalt, welche den Namen „Vorstand des städtischen Lazareths“ führt, ist einem Collegium übertragen, welches besteht aus vier Bürgermitgliedern, von denen eins Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sein muß, und einem der besoldeten Mitglieder des Magistrats als Vorsitzenden.

Die vier Bürgermitglieder verwalten ihr Amt als ein Ehrenamt unentgeltlich. Das vorsitzende Magistratsmitglied wird von dem Präses des Magistrats-Collegii auf unbestimmte Zeit ernannt und kann jeder Zeit abberufen und durch ein anderes Magistratsmitglied ersetzt werden.

Die Bürgermitglieder werden vom Magistrat aus der Zahl von dreien durch das Vorstands-Collegium für jedes auscheidende Mitglied zu präsentirenden Candidaten gewählt und nachdem die Stadtverordnetenversammlung über die Gewählten gehört worden, verpflichtet.

Die Wahl der selben erfolgt für die Dauer von vier Jahren. Jedes Jahr scheidet ein Mitglied nach der Anciennität aus; bei der Neuwahl sind die abtretenden wieder wählbar.

Uebergangsbestimmung: Die gegenwärtig im Amt befindlichen Vorsteher verbleiben in ihren Stellungen und wird zwischen ihnen die Reihenfolge, nach welcher sie innerhalb der nächsten vier Jahre nach Inkraftsetzung dieses Statuts auscheiden, durch das Loos bestimmt.

Die Niederlegung des Amtes vor Ablauf der vierjährigen Amtszeit ist den Vorstehern nur aus Gründen gestattet, aus welchen nach den Gesetzen die Niederlegung einer Vormundschaft stattfinden darf. Die Neuwahl findet in diesem Falle nur für die noch nicht vollendete Amtszeit des Auscheidenden statt. Die Urlaubsertheilung an Vorstandsmitglieder für einen längeren Zeitraum, als 14 Tage, erfolgt durch den Magistrat, bis zu 14 Tagen durch das Vorstands-Collegium. Der Beurlaubte wird durch die übrigen Mitglieder vertreten.

§ 2. Der Vorstand des Lazareths ist dem Magistrat unmittelbar untergeordnet. Mit der hieraus sich ergebenden Beschränkung verwaltet er die Angelegenheiten der Anstalt selbstständig unter eigener Verantwortlichkeit nach Maßgabe dieses Statuts und der Special-Instructionen, und ist zur Einholung der Genehmigung des Magistrats zu den von ihm zu treffenden Anordnungen nur in den Fällen verpflichtet, wo dies nachstehend vorgeschrieben oder nach allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist.

§ 3. Der Vorstand führt die unmittelbare Leitung und Aufsicht über die Anstalt.

1. Das Recht der Aufsicht erstreckt sich auf alle Zweige der Verwaltung und sind demselben alle bei dem Lazareth angestellten resp. beschäftigten Ärzte, Beamten und zu den Hausdiensten angenommenen Personen ohne Ausnahme unterworfen. Insbesondere unterliegt dem Aufsichtsbefugnisse des Vorstandes auch die Amtsverwaltung der Geistlichen und des Schulhebers.

Er übt dieses Recht aus, einmal durch temporäre General-Revisionen, welche von dem Gesamt-Vorstande jährlich wenigstens 2 Mal unter Zuziehung der Oberärzte und des Ober-Inspectors abgehalten werden müssen, sodann durch Uebertragung der Inspection über die einzelnen Zweige der Verwaltung an einzelne Mitglieder. Diese Inspection der einzelnen Verwaltungszweige muß jedoch wenigstens alle zwei Jahre zwischen den Mitgliedern des Vorstandes wechseln. Abgesehen hiervon ist aber jedes Vorstands-Mitglied zu jeder Zeit so berechtigt, als verpflichtet, sich genaue Kenntniß vom regelmäßigen Fortgange der Verwaltung zu verschaffen und bedarf hierzu keiner besonderen Autorisation.

Kein einzelnes Mitglied des Vorstandes ist jedoch berechtigt, selbst zur Beseitigung vorgefundener Mängel unmittelbar Verfügung zu treffen, vielmehr verpflichtet, solche in der nächsten Konferenz zur Erörterung und Entscheidung zu bringen. Handelt es sich um Verwaltungsmaßregeln, deren Ueberwachung instructionsmäßig zunächst den Oberärzten, resp. dem Ober-Inspector obliegt, so sind diesen die betreffenden Mängel anzuzeigen und ihnen die Anordnung des Erforderlichen zu überlassen.

§ 4. Befugnis Ausübung des dem Vorstande zustehenden Aufsichtsbefugnisses ist derselbe befugt, Disciplinarstrafen gegen die von ihm nach § 8 anzustellenden Personen zu verhängen.

Dieselben bestehen: 1) in Rügen, 2) in Geldstrafen bis zu 3 Thalern, weitergehende Strafen sind beim Magistrat zu beantragen.

Machen sich diejenigen Beamten, deren Anstellung dem Ma-

gistrat vorbehalten ist, solcher Pflichtverletzungen schuldig, welche nach dem Ermessen des Vorstandes ein Einschreiten gegen dieselben notwendig machen würden, so hat der Vorstand unter Vorlegung des Sachverhalts und Beifügung der Beweismittel an den Magistrat zu berichten und diesem die weiteren Schritte zu überlassen.

§ 5. II. Die dem Vorstande vorbehaltene Leitung umfaßt folgende Functionen:

1) Die Verwaltung des Vermögens der Anstalt incl. der von der Stadt zu leistenden Zuschüsse innerhalb der Grenzen des Stats.

Dieser Etat, welcher alljährlich aufzustellen und spätestens im September jedes Jahres dem Magistrat zur Genehmigung einzureichen ist, muß feststehende Titel erhalten, die sich gegenseitig nicht übertragen dürfen. Wird die Ueberschreitung einzelner Etats-titel notwendig, so hat der Vorstand die Genehmigung hiezu rechtzeitig beim Magistrat nachzusuchen.

Etwaige Ersparnisse an den von der Stadt geleisteten Zuschüssen sind als solche in der Jahresrechnung nachzuweisen.

Der Vorstand führt ferner die Kuratel über die Kasse und das gesamte Rechnungswesen nach Maßgabe der Instruction für den Rentanten vom 20. Nov. 1848 und übernimmt derselbe in seiner Gesamtheit diejenige Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige Kassenverwaltung, welche nach dem ersten Abschnitt Nr. 5 bisher vorzugsweise dem Zinsamts-Vorsteher auferlegt war.

Sämmtliche nach dieser Instruction zu erlassenden Anweisungen sind von dem Vorsitzenden und wenigstens einem Mitgliede, welches der Vorstand hiezu bestimmt, zu vollziehen.

§ 6. 2) Der Vorstand beschließt, in welcher Weise die Bedürfnisse für das Lazareth zu beschaffen sind, und hat die zur Ausführung dieser Beschlüsse erforderlichen Anordnungen zu treffen. Als Regel ist festzuhalten, daß alle Bedürfnisse des Lazareths durch Licitation beschafft werden müssen.

§ 7. 3) Der Vorstand vertritt in seiner Gesamtheit die Anstalt als eine moralische Person nach Außen den Behörden und Privatpersonen gegenüber, ins Besondere auch in Prozessen. Alle in dieser Richtung hin abzugebenden rechtsverbindlichen Erklärungen erfolgen von dem Gesamtvorstande, so wie alle Verträge in dessen Namen abgeschlossen werden. Jede Ausfertigung bedarf stets zweier Mitglieder des Vorstandes.

§ 8. 4) Die Anstellung der Oberärzte, des Ober-Inspectors, des Ober-Apothekers und des Rentanten bleibt dem Magistrat vorbehalten, doch soll der Vorstand im Falle der Besetzung dieser Stellen unter Mittheilung der eingegangenen Meldungen an denselben mit seiner gutachtlichen Erklärung gehört werden. Die Anstellung und Entlassung der übrigen Beamten, namentlich des Hausmeisters, der Speiseverwalterin und der Wäscheverwalterin, ferner der Bureaugelichen, erfolgt durch den Vorstand auf Vorschlag resp. nach Anhörung des Ober-Inspectors, diejenige der Assistenzärzte und Apothekergehilfen auf Vorschlag resp. nach Anhörung der Oberärzte; diejenige des Krankenträgerpersonals endlich auf gemeinschaftlichen Vorschlag resp. nach Anhörung der Oberärzte und des Ober-Inspectors.

Die Annahme und Entlassung des eigentlichen Gesindes, so wie der vorübergehend beschäftigten Arbeitsleute bleibt dem Letzteren überlassen.

Die gegenwärtig im Amte befindlichen Beamten verbleiben in ihren Stellungen, sind jedoch den Bestimmungen dieses Statuts überall unterworfen.

§ 9. Die Functionen des evangelischen Geistlichen an der Anstalt sind dem Geistlichen zum heiligen Namen, diejenige des katholischen dem an der Carmeliterkirche fungirenden Geistlichen übertragen. So lange nicht eine andere Einparung des Lazareths erfolgt, hat es hierbei sein Bewenden und bedarf es einer besonderen Berufung dieser Geistlichen nicht.

Die Einweisung des evangelischen Geistlichen in die mit dem Amte verbundenen Einkünfte erfolgt durch den Vorstand vermittelt eines von demselben auszufertigenden und von dem Magistrat zu bestätigenden Genußzettels, welcher auch den Umfang der demselben obliegenden Leistungen ergibt.

Der Schulheuer, welcher zugleich für die im Kinderdepot befindlichen Kinder bestimmt ist, wird vom Magistrat berufen.

§ 10. 5) Ueber die Verwaltung jedes Kalenderjahres hat der Vorstand dem Magistrat außer der eigentlichen Rechnung einen vollständigen Bericht zu erstatten, der mit dieser spätestens bis zum 15. Mai jedes Jahres einzureichen ist.

§ 11. Der Vorstand bildet ein Collegium und erledigt alle ihm obliegenden Geschäfte collegialisch durch zu fassenden Beschlüsse. Zu diesem Behuf versammelt sich der Vorstand im Lazareth wöchentlich wenigstens 1 Mal an einem bestimmten Tage und zu einer bestimmten Stunde und sonst, so oft der Vorsitzende die Einberufung für nöthig hält, zu Conferenzen, zu welchen die Oberärzte und der Ober-Inspector zuzuziehen sind, und in welchen alle auf die Verwaltung der Anstalt, deren Einrichtung, auf Abänderung bestehender Verhältnisse u. s. w. gerichtete Anträge und Verfügungen der Behörden besprochen werden und durch Beschluß ihre Erledigung finden. Die Oberärzte und der Ober-Inspector nehmen an diesen Conferenzen mit beratender Stimme Theil und verbleibt die Entscheidung und Beschlußnahme dem Vorstande allein. Letzterer ist jedoch verpflichtet, wenn beide Oberärzte übereinstimmend auf eine Abänderung oder Einrichtung dringen, welche vom Vorstande nicht genehmigt worden, über die Differenz unter Anführung der von beiden Seiten geltend gemachten Gründe dem Magistrat Bericht zu erstatten und dessen Entscheidung einzuholen. Bei dieser Entscheidung hat es demnach sein Bewenden.

Ueber alle von dem Vorstande gefassten Beschlüsse ist von einem der Mitglieder ein Protokoll zu führen, welches von sämmtlichen anwesenden Vorstandsmitgliedern vollzogen wird.

Die Beschlüsse werden nach einfacher Majorität gefasst. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens 2 Mitgliedern außer dem Vorsitzenden notwendig, und giebt bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Letzterem gebührt die Leitung der Verhandlungen.

§ 12. Sämmtliche an den Vorstand adressirte Schreiben werden dem Vorsitzenden eröffnet und präsentiert und wird

darauf das Weitere verfügt resp. der Inhalt in den Conferenzen zur Kenntniß des Vorstandes gebracht.

Die Vertretung und Correspondenz des Lazareths in ärztlicher Beziehung führen die beiden Oberärzte jährlich alternierend nach der für dieselben bestehenden Instruction.

§ 13. Der Vorstand ist berechtigt, den Beamten der Anstalt bis zu 8 Tagen Urlaub zu ertheilen und ordnet die Stellvertretung. Für einen längeren Zeitraum ist der Urlaub durch Vermittelung des Vorstandes bei dem Magistrat nachzusuchen; der Vorstand hat bei Ueberreichung des Gesuchs seine Vorschläge über die Vertretung beizufügen.

§ 14. Die Abänderung dieses Statuts bleibt unter Genehmigung der Königl. Regierung jederzeit vorbehalten.

Mannigfaltiges.

— (N. C. A.) Vor einigen Tagen brachten Stettiner Zeitungen Kunde von einem Ereigniß, das sich auf der Bahn, in der Nähe des Stettiner Bahnhofes, jenseit der Oder zugetragen. Ein Locomotivführer, welcher dort einige Güterwagen auf einer nach dem Ufer der Oder führenden Seitenschiene dirigirt, wo ihr Inhalt in Kähne verladen werden sollte, bemerkt nicht sobald, daß der von Altdamm herankommende Zug in Gefahr ist, da die Weiche noch nicht für die Brückenfahrt wieder eingerückt war, auf dies Seitengeleise und so in die dort 18 bis 20 Fuß tiefe Oder zu gerathen, als er auf eigene Verantwortung den ungeheuren Entschluß faßt, sich mit der vollen Kraft seiner Maschine dem Zuge entgegen zu werfen. Ein über alle Erwartung glücklicher Erfolg hat diese wahrhaft heroische That gekrönt, und wenigstens ist von den zahlreichen Passagieren des dem Untergange geweihten Zuges keiner auch nur irgend erheblich verletzt worden, auch soll der kühne Reiter ganz unbeschädigt sein. Es ist wohl kein Zweifel, daß in Bezug auf Muth und Todesverachtung sich die That dieses Locomotivführers den außerordentlichsten Thaten gleichstellt, von denen uns die Geschichte aller Zeiten Kunde giebt, und nun fragen wir nach der Anerkennung? Nicht einmal der Name dieses bürgerlichen Helden ist bekannt gemacht worden, viel weniger wurde er officiell belobt. Von einem Inspector der anhaltischen Bahn haben wir privatim erfahren, daß der entschlossene Mann aus der Provinz Preußen gebürtig ist und Ramke (wenn wir recht gehört) heißt. Die Direction seiner Bahn hat ihm ein Geschenk von 500 Thlrn. gemacht, und die Rettungsmedaille soll er auch noch erhalten, die, wenn sie für solche Thaten ertheilt wird, der höchste Ehrenorden des Landes zu sein scheint. Außerdem soll sämmtlichen Beamten preussischer Eisenbahnen die That des tapfern Ramke bekannt gemacht worden sein, und darf wohl nicht befürchtet werden, daß sie nun alsbald, um 500 Thlr. zu gewinnen, leichtfertige Nachahmung finden. Der Selbsterhaltungstrieb ist ein genügender Bligableiter. Eine öffentliche rückhaltlose Anerkennung in allen amtlichen Organen des Staats wäre demnach wohl das Wenigste gewesen, was eine solche That nach sich ziehen mußte, in andern Ländern hätte man das Verdienst dieses Mannes im großartigen Maßstab seiner Handlungsweise zu ehren verstanden.

— Ein Münchener Correspondent der Kreuz-Zeitung schreibt: „Uebrigens war der abgetretene Kriegs-Minister Lüder zu viel Patriot und Soldat zugleich, als daß es ihm hätte einfallen können, erst in der Verfassung nachzublättern, ob die oder jene Ausgabe gerechtfertigt sei; ihm genügte seine Ueberzeugung und das Bewußtsein der Ehrlichkeit.“

— Im „Nürnbergischer Anzeiger“ finden wir folgende Parallele, die weit mehr ein politisches als ein Curiositätsinteresse darbietet: Nürnberg mit 60,000 Einwohnern besitzt 10 Kirchen und Coppen, 22 Brauhäuser, 16 Buchhandlungen und zählt 80,000 Fl. Gewerbesteuer. Regensburg mit 26,000 Einwohnern besitzt 24 Kirchen und Capellen, 33 Brauhäuser, 2 Buchhandlungen und zählt 16,000 Fl. Gewerbesteuer.

— In der Gegend von Bingen wird der saure 1860er Wein unter dem Namen „Dalmig“, dagegen der feurig-süße blumenreiche 1859er unter dem Namen „Garibaldi“ verlangt und verabreicht.

— Der einst so viel genannte Schmied von Greta Green, der so viele englische Liebespärchen in Ehefesseln schlug, und ein hübsches Stück Geld dabei verdient, ist, 63 Jahre alt, gestorben. Er hieß John Murray.

Producten-Märkte.

Königsberg, 20. Juni. (N. C. B.) Wind SW. + 20. Weizen sehr flau, hochbunter 119 - 29 7/8 - 88 1/2 bez., bunter 120 - 26 1/2 73 - 85 1/2, rother 120 - 23 1/2 73 - 86 1/2 bez. — Roggen unbedeutend flau, loco 110 - 20 1/2 33 1/2 - 46 1/2 bez., Termine matt, 120 1/2 Juni 47 1/2 bez., 46 1/2 Juli, 46 1/2 August-Sept. mber 45 1/2 bez., 41 1/2 Oct., 40 1/2 Sept.-Okt. 49 1/2 bez., 48 1/2 bez. — Gerste ganz vernachlässigt, kleine 100 - 6 1/2 32 - 36 1/2 bez. — Hafer weichend, loco 62 - 7 1/2 21 - 26 1/2 bez., 7 1/2 Juli 50 1/2 28 1/2 bez., 27 1/2 Oct. — Erbsen flau, weiße Koch- 50 - 51 1/2 bez., Futter- 45 - 48 1/2 bez., graue 53 1/2 bez. — Bohnen 65 1/2 bez. — Widen 35 - 46 1/2 bez. — Leinlaß mittel 103 - 4 1/2 58 1/2 bez. — Leinöl 10 1/2 bez., 10 1/2 Oct. bez. — Rübsöl 12 1/2 bez., 12 1/2 Oct. bez. — Leinwollen 60 - 70 1/2 bez., 10 1/2 Oct. bez.

Spiritus den 20. loco Verkäufer 19 1/2 bez. und Käufer 19 1/2 ohne Faß, loco Verkäufer 20 1/2 bez. mit Faß, 7 1/2 Juni Verkäufer 20 1/2 bez. mit Faß, 7 1/2 Juli Verkäufer 20 1/2 bez. mit Faß, 7 1/2 August Verkäufer 21 1/2 bez. mit Faß. Alles 7 1/2 8000 % Tralles.

Wolle.

Berlin, 19. Juni. (N. C. B.) Zu unserem heute begonnenen Wollmarkt ist ein ungewöhnlich großes Quantum angefahren worden. Alles aus den anderen Märkten unverkauft Gebliebene ist hierher gebracht, und beträgt das Quantum, welches hier ausgestellt ist, wohl nicht weniger wie 160,000 Ctr. Die Wäschchen finden wir im Allgemeinen besser wie auf allen anderen Märkten. Das Geschäft hat denselben Character der vorigen Märkte. Die Forderungen der Producenten sind wenig oder gar nicht unter vorjährigen Preisen, und da die Käufer diese nicht anlegen wollen, so ist bis jetzt, Nachmittags 4 Uhr, noch fast nichts verkauft. Nur einzelne, besonders gut behandelte Partien sind mit 3 - 4 1/2 unter vorjährigen Preisen verkauft.

In einer von anderer Seite Abends uns zugehenden Mittheilung heißt es: Der Markt gestaltet sich flauer, die Engländer fangen an, bei einer Reduktion von einigen Thalern gegen die Vormittagspreise zu kaufen, während die Rheinländer und Franzosen noch unthätig bleiben. Auf den Lägern ruht das Geschäft. Hochfeine Pommersche und Märker Wollen erfahren verhältnißmäßig größere Preisabschläge, Preussische weniger.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Rickert in Danzig.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß baare Geld, Papiergeld, Werthpapiere, Juwelen und überhaupt alle Fahrpost-Gegenstände, welche nach Belgien, Frankreich und Großbritannien via Belgien bestimmt sind, nicht in Briefform zur Verwendung kommen dürfen, sondern in besondere Päckete, denen stets eine Begleitadresse beizugeben ist, verpackt werden müssen.

Päckete nach Frankreich, welche baare Geld, Bretteisen, Juwelen, Werthpapiere (Banknoten, Wechsel, Kassen-Anweisungen, Actien, Staatspapiere, Obligationen u. s. w.), und andere werthvolle Sachen enthalten, müssen eine Emballage aus festem Leinen oder starkem, nicht durchsichtigem Wachsleinen, ohne auswendige Naht haben, und ausreichend und vorsichtig versiegelt sein. Sendungen mit Kassenanweisungen und anderen Werthpapieren nach Belgien und nach London sind auch in Emballagen von starkem und festem Packpapier zulässig, wenn sonst die Verpackung nach Maßgabe der Weite des Transports und des Inhalts haltbar und sichernd ist.

Schriftliche Mittheilungen dürfen in den Päcketen nach den genannten Ländern nicht enthalten sein.

Die Signatur muß bei den Sendungen nach Großbritannien die vollständige, mit lateinischen, deutlichen Buchstaben geschriebene Adresse des Empfängers enthalten, und darf auf der Sendung weder aufgelegt, noch aufgeschoben sein; bei den Sendungen nach Belgien und Frankreich muß die Signatur aus mehreren Buchstaben oder Nummern mit Angabe des Bestimmungsortes bestehen.

Die Begleitadressen zu den nach Frankreich und Großbritannien bestimmten Sendungen müssen offen sein und dürfen außer den auf die Beförderung und Bestellung bezüglichen Angaben keine weiteren schriftlichen Mittheilungen für den Empfänger enthalten; dagegen muß der Name des Absenders darin angegeben und sein Siegel beigedrückt sein. Die Begleitbriefe zu den nach Belgien bestimmten Sendungen können verschlossen sein und schriftliche Mittheilungen enthalten. Die Begleitadressen nach Belgien und Frankreich sind in französischer Sprache abzufassen.

Die Begleitadressen zu Sendungen nach Großbritannien, welche in englischer oder französischer Sprache abzufassen sind, müssen auch die Angabe der Wohnung des Empfängers enthalten, wenn die Sendungen nicht an hochgestellte Personen oder große Handlungshäuser adressirt sind.

Außer den Begleit-Adressen ist die Mitgabe besonderer, für die Zollbehörden bestimmter Inhalts-Deklarationen, in französischer Sprache verfaßt, notwendig, welche bei den durch Belgien transitirenden Sendungen nach Frankreich und Großbritannien zweifach gleichlautend auszufertigen sind.

Berlin den 14. Juni 1861.

General-Post-Amt.
Schmückert.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Schlochau,
den 24. Januar 1861.

Das dem Gutsbesitzer Wilhelm v. Wicken gehörige, im Dorfe Bergau belegene und sub No. 6 des Hypothekenbuchs belegene Grundstück, abgetheilt auf 11, 70 A. 10 G., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Lage soll

am 9. September 1861,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Alle unbekannten Realpräcedenten werden aufgeboten, sich, bei Vermeidung der Präclusion, spätestens in diesem Termine zu melden.

Folgende dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, als:

der Gutsbesitzer Wilhelm v. Wicken und der Gutsbesitzer Christoph Berch, sowie die groß-jährigen Geschwister Thaddäus, Theodor und August Masloch,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.
Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden.

Ueber den Nachlaß des am 16. Januar d. J. in Starzow verstorbenen Gutsbesizers Ernst Volkmann ist das erbbschaftliche Liquidations-Verfahren eröffnet worden. Es werden daher sämtliche Erbschafts-Gläubiger und Legatäre aufgefordert, ihre Ansprüche an den Nachlaß, dieselben mögen bereits rechtsbändig sein oder nicht, bis zum

1. Juli d. J.

einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat zugleich eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Die Erbschaftsgläubiger und Legatäre, welche ihre Forderungen nicht innerhalb der bestimmten Frist anmelden, werden mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß dergehalt ausgeschlossen werden, daß sie sich wegen ihrer Befriedigung nur an Dasjenige halten können, was nach vollständiger Berichtigung aller rechtzeitig angemeldeten Forderungen von der Nachlaß-Masse mit Ausschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Nutzungen übrig bleibt.

Die Abfassung des Präklusionsurtheils findet nach Verhandlung der Sache in der auf
den 19. Juli c., Vormittags 10 Uhr,
in unserm Audienz-Zimmer No. 1 anberaumten öffentlichen Sitzung statt.

Schweg, den 13. April 1861.

Königl. Kreisgericht,
Erste Abtheilung.

[4189]

Biegsame Metallpappe

(billigstes Dachbedeckungsmaterial)
zu leichten, wohlfeilen, höchst dauerhaften und zugleich für das Auge eleganten Bedachungen. Ist geruchlos und giebt dem Regenwasser ebensowenig Farbe als Geschmack. Ferner verwendbar zum Bekleiden dünner Wände gegen Feuchtigkeit und Kälte — zu Plafonds in Viehhäusern, — zum Belegen von Fußböden u. c., — hält, nebst dazu nöthiger Metallarbeit und Nägeln, stets vorräthig und läßt die betreffenden Arbeiten unter Garantie billiger durch den Dach- und Schieferbedeckmeister J. W. Red ausführen
Christ. Friedr. Red,
Nehlgasse 13.

Wiederverkäufern gewährt Rabatt
[3455] Christ. Friedr. Red.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation

zu

Berent, den 30. December 1860.

Das den Gastwirth und Orgelbauer Johann und Magdalena Maslowski'schen Eheleuten gehörige Grundstück Berent, Amtsfreiburg No. 8, abgetheilt auf 552 A., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Lage soll am

10. August 1861,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden.

[2518]

Elberfelder Zeitung.

Hoffentlich werden die geneigten Leser der „Elberfelder Zeitung“ ihr das Zeugniß nicht verjagen, daß sie ihr Versprechen gehalten und keine Anstrengungen und Kosten gescheut habe, durch Telegramme, Privatcorrespondenzen und rasche Benutzung der einheimischen wie ausländischen Zeitungen ihren Lesern möglichst schnelle Kunde von den stattgefundenen Ereignissen mitzutheilen. Sie glaubt, eben so ein anderes Versprechen erfüllt zu haben, nämlich, die wichtigeren Begebenheiten nicht von einem einseitigen Partei-Standpunkt aus, sondern weit mehr nach der inneren Natur der Dinge, nach ihren factischen Verhältnissen und ihren wirklichen Beziehungen zu beurtheilen. Auf unser Urtheil haben wir, so viel als möglich, irgend einer Partei-Ansicht keinen bestimmenden Einfluß gestattet und glauben, daß diese Betrachtungsweise oft von den spätern Ereignissen selbst ist gerechtfertigt worden. Wir haben unsere Verfassung geübt, wie irgend ein anderes Blatt, haben aber selten in das Geschrei eingestimmt, was einen sofortigen Ausbau derselben in allen Konsequenzen ihrer Grundzüge verlangte. Wir sind überzeugt, daß überreife Reformen und Neuerungen meist sehr gefährlich sind. Wir standen in allen Dingen, die unsere Regierung in Vorschlag brachte und in denen wir ein Interesse des Landes erkannten, auf der Seite unserer Regierung: wo wir anderer Ansicht sind, sprechen wir solche aber eben so offen und frei aus, wie es einem Blatte geziemt, das nur das Wohl seines Vaterlandes nach Kräften zu fördern bestrebt ist. So werden wir es auch in Zukunft halten und das Urtheil über unser Bestreben mit Zuversicht unserem verehrten Leserkreis überlassen.

Zu Bestellungen auf die „Elberfelder Zeitung“ für das dritte Quartal 1861 bei den nachfolgenden Königl. Post-Agenten wird ergebenst eingeladen.

Der Abonnements-Preis ist: incl. der Stempel-Steuer pro Quartal in der Expedition hier 1 Thlr. 25 Sgr., bei den Königl. Post-Agenten in Preußen 2 Thlr. 5 Sgr., im übrigen Deutschland 2 Thlr. 15 Sgr. einschließlich der Provisions-Gebühren. Die Insertions-Gebühren betragen die Zeile oder deren Raum 1 1/2 Sgr.

Abonnements-Einladung

auf die

„Neue Stettiner Zeitung.“

Die „Neue Stettiner Zeitung“, welche sich durch ihre die Tagesfragen in eingehender Weise besprechenden Leitartikel und bewährte Original-Correspondenzen aus der Provinz und der Provinz-Pommern die steigende Theilnahme ihrer Leser erworben, wird auch im nächsten Quartal in dem bisherigen Geiste und in gewohnter Ausstattung erscheinen, insbesondere wird die Redaction nach wie vor sich bemühen, die „Neue Stettiner Zeitung“ als einen Vorkämpfer gegen die politischen und religiösen Rückschrittsbestrebungen der Provinz-Pommern zu betrachten, und dem deutschen Einheitsgedanken den wärmsten Ausdruck zu geben.

Die „Neue Stettiner Zeitung“ enthält außer ihrem politischen Theile ein interessantes Feuilleton, wissenschaftliche und Kunst-Notizen, Handels- und Börsen-Nachrichten auf dem kürzesten Wege. Sie erscheint täglich 2mal zu dem Abonnementspreise von 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. für sämtliche Provinzen des preussischen Staates.

Da die „Neue Stettiner Zeitung“ in Stettin und der Provinz Pommern das verbreitetste Tagesblatt ist und daher vorzugsweise als das Organ für amtliche Publicationen benutzt wird, so empfiehlt sie sich ganz besonders zu Insertionen, welche mit 1 Sgr. für die gespaltene Petitzeile berechnet werden.

Die Redaction.
Gustav Wiemann.

Abonnements-Einladung.

Die Colberger Zeitung

erscheint wöchentlich dreimal, Sonntags, Mittwochs und Freitags, wird im liberalen Geiste redigirt, sucht in Leitartikeln und durch eine kurze, aber übersichtliche Zusammenfassung der politischen Ereignisse das Verständniß der Tagesgeschichte zu fördern, berücksichtigt namentlich lokale und provinzielle Angelegenheiten, bringt außer einem interessanten Feuilleton regelmäßig die Börsenberichte, Schiffslisten, Marktpreis, amtliche und Privat-Anzeigen und ist das ausschließliche Organ des Vereins für Handel und Industrie, sowie der hiesigst bestehenden Associationen.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich bei allen Königl. Post-Anstalten 15 Sgr. Bei Insertionen wird 1 Sgr. für die gespaltene Corpuseile oder deren Raum berechnet.
Colberg, im Juni 1861.

Die Redaction
der „Colberger Zeitung“.

[5183]

Lehrling-Gesuch.

Ein junger Mann aus achtbarer Familie findet in unserem Comptoir als Lehrling eine Stelle.
H. B. Maladinsky & Co.
in Bromberg.
Land- und forstwirtschaftliche Samereien-Handlung, Commissions-, Expeditionen- u. Agentur-Geschäft.

Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG

erscheint unverändert, wie bisher, täglich (mit Ausnahme des Sonntags) zweimal, u. zwar in ihrer Abend-Ausgabe als ein Central-Organ für die commerciellen und industriellen Interessen im ausgedehntesten Sinne, und in ihrer Morgen-Ausgabe als vollständige politische Zeitung, so dass sie nach allen Richtungen hin das reichhaltigste Material liefert. Ueberdem haben wir Veranstaltung getroffen, die Zahl unserer telegraphischen Depeschen, die wir schon jetzt in einer wohl kaum sonst wo gebotenen Fülle geben, noch fernerweit zu vermehren. Die verschiedenen Beilagen der Zeitung erscheinen gleichfalls wie bisher nach Massgabe des vorhandenen Stoffes.

Die Abonnements-Bedingungen bleiben unverändert. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen auf die Zeitung an, in Berlin auch

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung.“
(Charlotten-Strasse 28.)

[5172]

Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Austritt Führer durch Danzig

und
seine Umgebungen.

Cart. 12 1/2 Sgr.

A. W. Kafemann.

[5135]

10 Thaler Pr. Court.

kostet bei unterzeichnetem Bankhause ein ganzes Original-Actien-Loos (getheilte im Verhältnisse) zu der am 8. und 19. Juli stattfindenden Ziehung der grossen

Staats-Geld-Verloosung,

welche letztere ihrer Gesamtheit nach 14,000 Gewinne enthält, worunter:
event. 100,000 Thaler, 60,000, 40,000, 20,000, 10,000, 5,000, 5 à 4000, 3000, 2500, 3 à 2000, 5 à 1500, 4 à 1200, 34 à 1000 etc. etc.

Die Gewinne werden in Vereins-Münze oder Preussischen Cassen-Anweisungen durch unterzeichnetes Bankhaus in allen Städten Deutschlands ausbezahlt. — Ziehungslisten und Pläne werden den geehrten Interessenten gratis zugesandt, und auswärtige mit Rimessen versehene Aufträge prompt und discret sowie portofrei ausgeführt.

A. Scharlach & Neumann, HAMBURG.

In jüngster Ziehung, welche am 13. und 14. Juni stattfand, wurde einer Actie aus unserem Debit ein Hauptgewinn zu Theil.

Ein- & Verkauf von Staatspapieren u. Geld- & Wechsel-Geschäft.

Kaiserl. Königl. österr. fl. 100 Loose v. Jahre 1858.

Große Ziehung am 1. Juli 1861,

mit Gewinnen von fl. 250,000 200,000 50,000 40,000 20,000 10,000 etc.

Niedrigster Treffer fl. 130,

sind zum billigsten Tagescourse, sowie auch nur für obige Ziehung gültig, per Stück à Thlr. 3, — per 6 Stück — à Thlr. 17, — per 11 Stück à Thlr. 30, gegen Franco-Einsendung des Betrages oder Postnachnahme resp. Posteingahlung zu beziehen bei

Albert David,

Staatseffecten-Geschäft in Frankfurt a/M.

P. S. Amtliche Listen sende sofort nach der Ziehung franco per Post.

[4789]

Nur 3 Thaler Pr. Cour.

incl. Porto kostet bei unterzeichnetem Bankhause ein viertel Original-Loos zu der am 26 dieses Monats stattfindenden Ziehung der großen

Staats-Gewinne-Verloosung,

welche letztere in ihrer Gesamtheit mehr wie 14,000 Gewinne enthält, worunter solche von ev. Thlr. 114,000, 57,000, 28,500, 17,000, 14,300, 11,400, 8,570, 6,860, 5,700, 2,300, 1,700, 1,140, 570 etc. etc. — (Ganze und halbe Loose im Verhältnisse theurer.) Es sind uns nachträglich nur wenige dieser Loose disponibel geworden, die wir hiermit, so lange vorräthig, bestens empfehlen. Die Gewinne werden baar in Vereins-Silber-Thalern durch unterzeichnetes Bankhaus in allen Städten Deutschlands ausbezahlt, welches überhaupt Ziehungslisten und Pläne gratis versendet. — Man beliebe sich daher direct zu wenden an

Stirn & Greim in Frankfurt a/M.

Nur 2 1/2 Thaler Pr. Cour.

kostet bei unterzeichnetem Bankhause 1/2, 5 Thlr. 1/2 und 10 Thlr. 1 ganzes Prämien-Loos zu der am 8. und 9. Juli stattfindenden Ziehung der großen

Braunschweig. Staats-Gewinne-Verloosung,

welche letztere in ihrer Gesamtheit 15,500 Gewinne enthält, worunter solche von Thlr. Pr. Grt. 100,000, 60,000, 40,000, 20,000, 10,000, 5,000, sechsmal 4000, 3000, 2500, dreimal 2000, fünfmal 1500, fünfmal 1200, fünfmal dreihundert 1000, fünfmal 500, 450mal 400 etc. etc.

Die Gewinne werden baar in Preuss. Thalern oder Cassencheinen in allen Städten Deutschlands ausbezahlt.

Auswärtige mit Rimessen versehene Aufträge führe prompt aus und sende den geehrten Interessenten die amtlichen Ziehungslisten und Pläne gratis.

[5138]

A. Goldfarb, Bankhaus und Effectenhandlung in Hamburg.

Dr. Béringuier's

Kaiserl. Königl. privilegirter

KRONENGEIST

Quintessenz d'Eau de Cologne.

ermuntert und stärkt! — Ausführliche Prospekte werden gratis verabreicht.
Von Dr. Béringuier's Kronengeist, welcher ausschließlich in Originalflaschen zu 12 1/2 Sgr. und in Originalkisten zu 2 fl. 15 Sgr. debittirt wird, befindet sich in jeder Stadt nur eine Niederlage:

für Danzig ist dieser Alleinverkauf bei Albert Neumann, Langenmarkt Nr. 38, sowie für Dirschau bei J. Hensel und für Pr. Stargardt bei J. Th. Rüpke. (4240)

Ratten, Mäuse, Wanzen,

Schwaben, Franzosen etc., vertilgt mit augenblicklicher Heilwirkung u. 2jähr. Garantie
J. Dreyling, Kgl. preuss. app. Kammerjäger,
Fischergasse Nr. 20, 1 Treppe. [3778]

KALK

ist stets zu haben Langgarten 107 und in der Kalkbrennerei bei Legan.

[5102]

J. G. Domansky Wwe.

200 fette Hammel stehen zum Verkauf in Rodzie bei Saalfeld.

[5156]

concessionirte Placements-Bureau

von

Ferdinand Berger in Chorn

sind jederzeit Stellen für Inspectoren, Administratoren, Commis jeder Branche, Rechnungsführer, Buchhalter, Wirthschafter, Brau- und Brennereiverwalter, Gärtner, Jäger, Forstbeamte, Hauslehrer (Literaten), Diener, Wirthinnen, Erzieherrinnen, Gesellschafterinnen, Ladenmädchen etc., so wie alle mit guten Empfehlungen versehene Haussofficianten, in Polen, Rußland und der Provinz Posen, zu belegen.

Die Provision wird beim Antritt des Engagements gezahlt. Für die Annahmen von Vacanzen ist nichts zu entrichten. Briefe franco. [4575]